

AUSSENPOLITIK

WESTEUROPA

(1) Echo zur Zypernkrise

Die Ursache der Zypernkrise beruhe auf der "Rivalität der beiden Supermächte um die Welthegeemonie" (NCNA, 19.8.74). Seit dem Staatsstreich, bei dem Präsident Makarios verjagt wurde, hätten die Sowjetunion und die Vereinigten Staaten in Zypern "eingegriffen", wobei sich jeder bemüht hat, den Einfluß des anderen auszuschalten und seinen eigenen zu vergrößern. Die Forderung der sowjetischen Regierung nach Entsendung einer Kommission des UNO-Sicherheitsrates nach Zypern sei nur erhoben, um künstlich Schwierigkeiten zu schaffen. In dem Kommentar wurde die Sowjetunion weitaus härter kritisiert als die USA.

Für die Sowjetrevisionisten besitze das Mittelmeer als Knotenpunkt der Seewege und als Verbindungsstelle dreier Kontinente (Europa, Asien und Afrika) große strategische Bedeutung, zumal es an der Südflanke Europas, dem Brennpunkt der Rivalität beider Supermächte, gelegen sei. Gleich nach dem Militärputsch auf Zypern hätten die Sowjets Kriegsschiffe nach Zypern entsandt, u.a. sieben Luftlandedivisionen in Kampfbereitschaft gebracht und ohne Unterlaß die Entsendung einer "Sondermission" nach Zypern verlangt, um sich dort einschleusen und intrigieren zu können. Die Rechtfertigung für dieses Verhalten erbringe Moskau mit dem Argument, daß die Sowjetunion ein Land des Schwarzen Meeres und so gesehen, eine Mittelmeermacht sei (NCNA, 18. u.19.8.74).

Die Ostblockpresse benutzte die Zypernkrise ebenfalls als Munition gegen China. Warum eigentlich geize die Volksrepublik so sehr mit Kommentaren zum Zypern-Problem? Der Grund sei ein zweifacher: Erstens führten die Fäden der Zypernkrise zur NATO, mit der Peking schon seit langem liebäugle. Zweitens hoffe China immer noch darauf, daß die NATO ihre Ziele auf Zypern erlange, denn dann spitze sich die Lage im Nahen Osten unweigerlich erneut zu, womit den Interessen Chinas gedient wäre.

Die gegenwärtige Nichteinmischung Pekings liege auf der gleichen Ebene wie die so unverständliche passive Einstellung zu der chilenischen faschistischen Junta (Radio Moskau, deutsch, 21.8.74).

(Weiteres zur Zypernkrise in C.a.1974/8, S.474 f.).

(2) Maoistische Gruppe in Finnland?

Am 13. Juli 1974 meldete Hsinhua aus Helsinki, daß in den theoretischen Organen der "Marxistisch-leninistischen Gruppen von Finnland" mit dem Titel "Die Rote Garde" Ausführungen über einige grundlegende Eigenschaften der gegenwärtigen Weltsituation gebracht worden seien (NCNA, 15.7.74).

Daraus geht hervor, daß man sich in dem der Sowjetunion so naheliegenden Finnland offensichtlich Hoffnungen auf eine stärkere maoistische Organisation macht.

SOWJETUNION UND OSTEUROPA

(3) Meldungen über wirtschaftliche Erfolge von Ostblockstaaten außerhalb des RGW-Rahmens

Hsinhua geht in letzter Zeit dazu über, häufiger Meldungen über außenwirtschaftliche Erfolge der Ostblockstaaten zu bringen, die den RGW-Rahmen überschreiten. Damit sollen offensichtlich die Emanzipationsbestrebungen dieser Länder herausgestrichen werden. Drei Beispiele: Am 3. Juli meldet Hsinhua aus Budapest den Abschluß eines Anleiheabkommens zwischen der Nationalbank von Ungarn und zwanzig kanadischen sowie US-Banken über 100 Mio. US\$ in den nächsten 8 Jahren.

Am 5. Juli 74 bringt Hsinhua aus Warschau eine Meldung, daß die Regierungen von Polen und den Niederlanden ein Zehnjahresabkommen über wirtschaftliche, industrielle und technische Zusammenarbeit abgeschlossen hätten.

Auch von bulgarischen Erfolgen weiß Hsinhua (Meldungen vom 3. Juli 1974 aus Sofia) zu berichten. Dort habe die zweite Sitzung der Bulgarisch-Britischen Gemischten Kommission für wirtschaftliche, industrielle, wissenschaftliche und technische Kooperation getagt und zwei Abkommen über die industrielle Zusammenarbeit erzielt.

(4) Rumänischer Außenminister in Peking

Vom 4. - 9. August 1974 hielt sich der rumänische Außenminister George Macucescu zu einem offiziellen Besuch in der VR auf, und zwar auf Einladung seines chinesischen Amtskollegen Chi P'eng-fei.

Dieser Besuch war um so interessanter, weil er zeitlich mit dem Gipfeltreffen der Parteichefs aller Ostblockstaaten auf der Krim zusammenfiel. Kein Beobachter konnte sich dem Eindruck entziehen, daß der Außenministerbesuch in Peking als eine Demonstration der rumänischen Unabhängigkeit gedacht war.

Ganz in diesem Sinne fielen auch die Bankettreden und Erklärungen während des Besuches aus. Chi P'eng-fei betonte u.a.: "Das rumänische Volk, das brutaler Gewalt Trotz bietet, hat sich gegenüber ausländischem Druck behauptet und mutig seine nationale Unabhängigkeit und staatliche Souveränität verteidigt. Wir bewundern aus ganzem Herzen Ihre militante Haltung und unterstützen entschlossen Ihren gerechten Kampf" (NCNA, 5.8.74). Außerdem bezeichnete er Rumänien als ein "sozialistisches Land".

Auch der rumänische Außenminister wandte sich gegen das "Hegemoniestreben" im allgemeinen und erklärte in seiner Tischrede: "Rumänien erachtet es als erforderlich, daß alle Länder, ganz gleich, wie groß sie sind, in die Lage versetzt werden, bei der Lösung von Fragen im internationalen Leben im Interesse ihrer Völker mitzuwirken. Es tritt dafür ein, daß in den Beziehungen zwischen den Nationen neue, demokratische Prinzipien auf der Basis der Respektierung, der Gleichberechtigung ... eingeführt werden ..." (ebd.).

Zum 30. Jahrestag der Befreiung vom Antonescu-Regime trafen eine Delegation aus China sowie herzliche Glückwunschschriften der chinesischen Parteiführung in Bukarest

ein (NCNA, 22.8.74).

(5) Feiern einer von Peking nicht mehr anerkannten sowjetisch-chinesischen Freundschaftsgesellschaft

Wie TASS (englisch, 30.7.74) meldet, hat die sowjetisch-chinesische Freundschaftsgesellschaft am 30.7. gemeinsam mit dem Eisenbahnministerium ein Freundschaftstreffen der ehemaligen Arbeiter der chinesischen Chang Chung-Eisenbahn und Eisenbahnspezialisten, die in China gearbeitet hatten, veranstaltet. Die Zusammenkunft wurde anlässlich des bevorstehenden 25. Jubiläums der Volksrepublik China arrangiert und war, wie es heißt, "der Beteiligung sowjetischer Bürger bei der brüderlichen Hilfeleistung an das chinesische Volk zur Wiederherstellung der Volkswirtschaft und beim Aufbau der Grundlagen des Sozialismus gewidmet".

An der Zusammenkunft nahmen Stabsmitglieder des Eisenbahnministeriums der UdSSR, die in China gearbeitet hatten, aktive Mitglieder der sowjetisch-chinesischen Freundschaftsgesellschaft, Sinologen und Angehörige der allgemeinen Öffentlichkeit Moskaus teil.

Peking hat auf diese Feier mit Schweigen reagiert.

Sino-sowjetische Polemik

(6) Sowjetischer Vorwurf: "Voluntarismus" in China

In ihrer 12. Ausgabe analysiert die theoretische und politische Zeitschrift des ZK der KPdSU "Kommunist" die chinesische Politik seit dem X. Parteitag. In China herrsche reiner Voluntarismus, da man plane, die verschiedenen Erfolge nicht auf dem Wege der Entfaltung produktiver Kräfte in organischer Einheit mit einer Vervollkommnung der gesellschaftlichen Verhältnisse zu erzielen, sondern diese auf dem Wege von Kulturrevolutionen zu erreichen, die durch Methoden nicht nur politischer und ideologischer Hirnwäsche in der Bevölkerung, sondern darüber hinaus durch Gewaltanwendung gekennzeichnet seien. Dadurch werde die sozialistische Basis deformiert. Man lehne ja nicht nur eine wissenschaftlich untermauerte Planung ab, schließe die Werktätigen von der Kontrolle über die wirtschaftliche Entwicklung aus, sondern weiche auch von dem Prinzip der Verteilung nach Arbeitsleistung ab. Nicht zuletzt aber würde der "hegemonistische Kurs der Maoisten" für antisozialistische Zwecke eingesetzt (TASS, englisch, 20.8.74).

(7) "Fünfzig Prozent aller Sowjetdiplomaten sind Spione"

Das Thema der sowjetischen Spionage steht nach wie vor auf der Tagesordnung der sino-sowjetischen Polemik. Schon öfter auch wurden die heutigen "Revisionisten" mit den Zaren verglichen, die sie in vielen Punkten sogar noch überträfen, so z.B. bei ihren Expansionsbestrebungen und bei der Entsendung von Spionen. Die sowjetische Spionagetätigkeit habe sich inzwischen auf ungefähr 90 Länder ausgebreitet. "Die Hälfte der sowjetrevisionistischen Diploma-

ten im Ausland beschäftigt sich mit Spionagetätigkeiten. Die Sowjetrevisionisten haben auch Verräter durch Bestechung gewonnen, derer sie sich bedienen. Wohlbekannt sind auch deren verwerfliche Handlungen der Anzettelung von Staatsstreichen und die Durchführung von Subversion in anderen Ländern durch Spione und Agenten." (NCNA, 7.8.74).

Auch der Fall Guillaume war den Sowjets seinerzeit von den Chinesen "in die Schuhe geschoben" worden.

(8) Radio Moskau: "Gefährliche Ähnlichkeit zwischen Maoismus und Nationalsozialismus"

Radio Moskau brachte am 8.8.74 (M.D.Asien, 12.8.74,S.7) eine Sendung, in der drei Parallelen zwischen Maoismus und Nationalsozialismus herausgehoben werden, nämlich Antisowjetismus, Expansionismus und Rassismus (die Argumentation wird hier nur deshalb wiedergegeben, weil sie in fast allen überregionalen deutschen Zeitungen nachgedruckt worden war und insofern eine gewisse Bedeutsamkeit erlangt hat). Der Unterschied zwischen den beiden Weltanschauungen bestehe nur darin, daß die "Hitler-Leute" ihre Lehren offen verkündet hätten, während die Maoisten sie "getarnt" durchführten, ohne viele Worte zu machen.

- Antisowjetismus: Beweise dafür seien die Zusammenarbeit mit kapitalistischen Staaten und permanente antisowjetische Aktionen.

- Rassismus: Es werde zwar nicht eine "direkte Taktik des Völkermords" geübt, wohl aber die "gewaltsame Assimilation der nicht-chinesischen Völkerschaften".

- Expansionismus: Wie in China erschienene Landkarten bewiesen, erhöhen die Maoisten Ansprüche auf Gebiete in Japan, Vietnam, Birma, auf den Philippinen und anderen Staaten. Auch erschienen Grenzen, die international längst anerkannt seien, nicht auf chinesischen Karten, z.B. die Grenzverbindungen zu Birma, zur Koreanischen Demokratischen Volksrepublik sowie zur sowjetisch-chinesischen Grenze hin (Flüsse Amur und Ussuri und im Raume des Pamir).

* * *

NORDAMERIKA

(9) Peking zum Rücktritt Nixons und zum Amtsantritt des neuen Präsidenten

Hsinhua gab einen Tag nach der Rücktrittsansprache Richard Nixons (8.8.74) einen knochentrockenen Kommentar, in dem lediglich einige Sätze aus der Ansprache zitiert und auch der Hinweis Nixons referiert war: "Wir haben die Türen aufgeschlossen, die ein Vierteljahrhundert die USA und die VR China trennten". Ansonsten enthielt sich der Bericht (NCNA, 9./10.8.74) jeglichen Kommentars. Ganz in demselben referierenden Stil berichtet NCNA (9. August) auch über die Amtseinführung Gerald Fords. Es ist nicht ausgeschlossen, daß sich vor allem Chou En-lai, angesichts der Bedrängnis, in die sein alter Gesprächspartner geraten war, nicht mehr ganz wohlfühlte. Nicht zuletzt deshalb auch dürften sich die Beziehungen zwischen den USA und China in den letzten Monaten etwas abgekühlt

haben. Die größer werdende Distanz zu Nixon machte es auch verständlich, daß Chou außerordentliche Sympathie für den US-Senator Jackson zeigte, der als scharfer Gegner der Sowjetunion bekannt ist (Näheres dazu vgl. R.Machetzki, "Henry Jackson in Peking", C.a.1974/8, S.471-473).

China wird nun ein ausgewogenes Verhältnis finden müssen zwischen den neuen Beziehungen zu Gerald Ford einerseits und zu dem demokratischen Präsidentschaftsaspiranten Jackson andererseits, der sich 1976 als Nachfolger Fords präsentieren will.

Ganz im Gegensatz zu Moskau und Peking, die Nixons Rücktritt mit Zurückhaltung aufnahmen, herrschte in Hanoi und Pjöngjang Jubel. Vietnamesische Kommentare gingen davon aus, daß die totale Krise der Innen- und Außenpolitik der USA durch den "Aggressionskrieg in Vietnam" verursacht worden sei. Es sei verwunderlich, daß das Impeachment gegen Nixon wegen einer Abhöraffaire, nicht aber wegen des eigentlichen Grundes, nämlich seiner "schändlichen Verbrechen in Indochina" verhängt worden sei. Ähnlich argumentierte auch ein Sprecher der Provisorischen Regierung von Südvietnam.

(10) Senator Jackson fordert neue China-Politik

Der demokratische Senator Henry Jackson, der vor einigen Wochen China besucht hatte, hat den neuen amerikanischen Präsidenten Ford zur Einleitung einer neuen China-Politik aufgefordert. Als ersten Schritt empfahl er die Errichtung einer amerikanischen Botschaft in Peking und die Eröffnung eines Verbindungsbüros in Taipei. Gleichzeitig trat er dafür ein, daß der amerikanische NATO-Beitrag in Westeuropa nicht geschmälert werde. Selbst die Chinesen träten, wie er bei seinen jüngsten Gesprächen habe erfahren können, für eine starke NATO ein, da nur so die Sowjets genügend auf Europa konzentriert blieben und sich nicht nach Osten wenden könnten (vgl. IHT, 13.8.74, und FAZ, 12.8.74). Nach den Worten des Senators, der zu den aussichtsreichsten Präsidentschaftsanwärtern der Demokraten gezählt wird, warnten seine Gesprächspartner, unter ihnen vor allem Premierminister Chou En-lai, weiterhin vor einer sowjetischen Bedrohung Japans, des asiatischen Subkontinents und des Persischen Golfes. Als besonders gefährdet gelte in Peking Jugoslawien, das sich in einer "delikatsten Übergangsphase" befinde. Eine militärische Aktion der Sowjets wie 1968 in der Tschechoslowakei sei keineswegs von der Hand zu weisen (Welt, 13.8.74).

(11) Festmahl für das Ehepaar Kissinger

Der Leiter des chinesischen Verbindungsbüros in Washington, Huang Chen, hat am 6. August abends den US-Außenminister Kissinger und seine Frau zu einem Festmahl eingeladen. Die Einladung war eigentlich für Anfang des Jahres geplant, um die Kissingers zur Eheschließung zu beglückwünschen, doch infolge der Friedensmission des US-Außenministers in Nahost aufgeschoben. Das State Department betonte, die Atmosphäre bei dem Festessen sei "völlig heiter und offener" gewesen (TK 8.8.74).

(12) Auswanderer nach Kanada

Im Zuge der Vereinbarungen, die zwischen Kanada und der Volksrepublik zur Frage der Emigration von Chinesen in das nordamerikanische Land getroffen wurden, sind die ersten Auswanderer in Kanada eingetroffen. Bereits 400 haben ihre Exit-Visa bekommen, und man rechnet damit, daß noch 15.000 weitere folgen werden, um sich bei ihren Verwandten in Kanada niederzulassen (SCMP, 13.8.74).

LATEINAMERIKA

(13) Diplomatische Beziehungen mit Brasilien aufgenommen

In einem gemeinsamen Kommuniqué über die Aufnahme der diplomatischen Beziehungen zwischen der VR China und der Bundesrepublik Brasilien, das am 15. August in Brasilia vom stellvertretenden Außenhandelsminister der VR China, Chen Chieh, und vom Außenminister Brasiliens, Antonio F. Zeredo da Silveira, unterzeichnet worden ist, heißt es: "In Übereinstimmung mit den Interessen und Wünschen beider Völker beschlossen die Regierung der VR China und die Regierung der Bundesrepublik Brasilien mit Wirkung von heute die Aufnahme diplomatischer Beziehungen auf Botschafterebene.

Die Regierung der Bundesrepublik Brasilien anerkennt die Regierung der VR China als die einzige rechtmäßige Regierung Chinas. Die chinesische Regierung bekräftigt erneut, daß Taiwan ein unveräußerlicher Teil des Territoriums der VR China ist. Die Regierung der Bundesrepublik Brasilien nimmt diesen Standpunkt der chinesischen Regierung zur Kenntnis ...

Beide Regierungen kamen darin überein, die freundschaftlichen Beziehungen zwischen den beiden Ländern auf der Basis der Prinzipien der gegenseitigen Achtung der Souveränität und territorialen Integrität ... zu entwickeln. ..." (NCNA, 15.8.74).

Chinas erste Handelsmission nach Brasilien seit 10 Jahren war am 4.8. nach Rio de Janeiro gekommen. Schon seit einiger Zeit hatte es in Brasilia inoffizielle Gerüchte gegeben, demzufolge die antikommunistische Regierung in Kürze diplomatische Beziehungen mit Peking aufnehmen werde. Als die letzte Handelsdelegation aus Peking im Jahre 1964 nach Brasilien kam, fand gerade eine Armeerevolte gegen die damalige linksgerichtete Zivilregierung statt, in deren Gefolge die chinesischen Delegierten einige Tage in Rio de Janeiro wegen "Spionage" eingekerkert wurden.

Brasilien interessiert sich u.a. für chinesisches Rohöl, da es gerade wegen der erhöhten Rohölpreise in das bisher tiefste Handelsdefizit seiner Geschichte hineingeraten ist (es wird von 4 Mrd. US\$ Schulden gesprochen). Im Jahre 1972 belief sich der brasilianisch-chinesische Handel auf 68 Mio. US\$. Dieses Jahr rechnet man mit etwa 100 Millionen.

AFRIKA

(14) Weitere chinesische Instrukteure für Angolas "Befreiungsfront"

Bereits Anfang Juni war eine erste Gruppe chinesischer Instrukturen in Zaire angekommen, um der "Nationalen Befreiungsfront für Angola" (FNLA) Hilfe gegen Portugal zu gewähren und Volkskriegsinstruktionen zu erteilen. Anfang August traf ein weiteres Kontingent chinesischer Instrukturen in Kinshasa ein (NZZ, 9.8.74).

ASIEN

(15) Grußbotschaft Pekings an die illegale KP Birmas ("Weiße Flagge") zum 35. Jahrestag

Am 15.8. sandte das Zentralkomitee der KP China eine Botschaft an das ZK der KP Birma anlässlich des 35. Jahrestages der Gründung dieser Partei. Die KP Birmas habe das Große Banner des Marxismus-Leninismus hochgehalten und im Laufe der letzten 20 Jahre wichtige Siege errungen. In dem Glückwunschsreiben ist zwar nicht direkt vom Kampf gegen die Zentralregierung in Rangoon die Rede, doch läßt China seine Sympathien für entsprechende Aktivitäten der 'Weißen Flagge' in folgenden Sätzen durchblicken: "Die Länder fordern Unabhängigkeit, die Nationen wollen Freiheit, und die Menschen wollen Revolution. Das ist der unaufhaltbare Trend der Geschichte geworden. Wir sind davon überzeugt, daß die KP Birmas die verschiedenen Schwierigkeiten auf dem Wege des Fortschritts überwinden und im revolutionären Krieg den Sieg davontragen wird, wenn sich alle Genossen in der Partei eng zusammenschließen, wenn sie auf die breiten Volksmassen der verschiedenen Nationalitäten vertrauen, wenn sie sich mit allen jenen Kräften vereinigen, mit denen sie sich vereinigen können, wenn sie an der korrekten Linie und Politik festhalten und den Kampf fortsetzen. Im Einklang mit den Lehren des Vorsitzenden Mao betrachtet die KP China die Sympathie und die Unterstützung für den revolutionären Kampf der Menschen in allen Ländern als ihre unbedingte proletarische internationalistische Pflicht. Die KPCh und die KP Birmas haben sich stets gegenseitig unterstützt, voneinander gelernt und eine tiefe revolutionäre Freundschaft im revolutionären Kampf entwickelt" (NCNA, 15.8.74).

Es ist bezeichnend für die Außenpolitik Chinas gegenüber seinem südostasiatischen Nachbarn, daß es mit zwei Bällen spielt: Einerseits unterhält es offizielle Beziehungen zu Birma, die seit dem Staatsbesuch Ne Wins vom 6. - 12.8.71 sogar wieder freundlich sind, zur gleichen Zeit aber werden Kontakte zur "Weißen Flagge" unterhalten, deren Aktivität ja gerade gegen Rangoon gerichtet ist. Die alte Spannung zwischen nationalen und revolutionären Zielsetzungen und Strategien tritt also gerade im Verhältnis zu Birma besonders deutlich in Erscheinung.

Kambodscha, Exilregierung:

(16) Sihanouk lehnt abermals "kategorisch" Verhandlungen mit der Lon Nol-Regierung ab

Während des Besuches des kambodschanischen Ministerpräsidenten (gemeint ist der Ministerpräsident der Lon Nol-Regierung in Phnom Penh) in Indonesien, Thailand und

den Philippinen kamen Gerüchte über baldige Friedensverhandlungen der beiden kambodschanischen Kriegsgegner auf. Prinz Sihanouk, der nach wie vor in Peking im Exil lebt, gab am 12.8. bekannt, daß er nach wie vor jegliche Verhandlung mit der "Lon Nol-Verräterclique" kategorisch ablehne (Meldung von NCNA, 12.8.74).

(17) Lasten während des Koreakrieges

Wie Japans Kyodo-Nachrichtenagentur bekanntgab, soll China während des Koreakrieges an die Sowjetunion 2,3 Mrd. US\$ für Waffen bezahlt haben, die es den Koreanern zur Verfügung stellte. Kyodo will dies von chinesischen Behörden erfahren haben, mit denen eine japanische Delegation in Peking vor kurzem zusammentraf (zitiert in CSM, 5.8.74).

(18) Medizinische Hilfe aus China für den laotischen Regierungschef

"Auf Einladung der Provisorischen Nationalen Koalitionsregierung von Laos traf am 18. Juli ein chinesisches Medizinteam unter Führung von Fang Chi in Vientiane ein, um den Prinzen Souvanna Phouma medizinisch zu behandeln" (NCNA, 19.7.74).

Auch Sukarno war - ein spezieller Freundschaftsbeweis der Chinesen - eine Zeitlang von chinesischen Medizinern behandelt worden. Ebenso schickte Mao Tse-tung seinem alten Bekannten Edgar Snow ärztliche Hilfe, die seinerzeit allerdings zu spät kam.

Mit Aktionen dieser Art zeigt China seine Befriedigung über den neuen Zustand in Laos, der durch Neutralisierung des Landes und vor allem durch Zustandekommen der Koalitionsregierung (es ist die dritte ihrer Art) gekennzeichnet werden kann.

Mongolei: Antichinesische Polemik

(19) Abfällige Äußerungen des mongolischen Parteiorgans gegen die Qualität der von China geleisteten Entwicklungshilfe

Das Parteiorgan "Unen" zog einen Vergleich zwischen der sowjetischen und der chinesischen Entwicklungshilfe für die Mongolische Volksrepublik (abgedruckt in M.D.Asien, 15.8.74, S. 5 f.), bei dem China schlecht abschnitt: "Im Rahmen der Regierungsabkommen von 1958 und 1960 verpflichtete sich die VR China, mit einem Kapitalinvestitionskredit etwa 20 Betriebe und Wohnungsbauprojekte in der Mongolischen Volksrepublik zu errichten. 1965 jedoch arbeiteten erst 7 Betriebe, 4 blieben unvollendet, und mit dem Bau von 12 Projekten war noch nicht einmal begonnen worden. Wegen der schlechten Qualität der Arbeit waren die meisten der von den Chinesen errichteten Betriebe innerhalb von ein bis zwei Jahren völlig betriebsunfähig. ... Gleichzeitig übten die Pekinger Führer politischen Druck aus ... Deshalb mußte unser Land die 'Hilfe' Pekings zurückweisen. Das war eine entschiedene Abfuhr gegenüber den Maoisten, die vergeblich versucht haben, jede Art von Druck auf unser Land auszuüben, mit dem Ziel, unsere Partei und unser Land zu zwingen, auf die Linie Pekings einzuschwenken. Deshalb ergeht sich die Pekinger Propa-

ganda gegenwärtig fieberhaft in schamlosen Verleumdungen der mongolisch-sowjetischen brüderlichen Zusammenarbeit..... Die intensive Entwicklung der reichen Bodenschätze der Mongolischen Volksrepublik dient voll und ganz den Interessen einer beschleunigten Entwicklung der Mongolischen Volksrepublik auf ihrem Kurs der Vollen- dung der Errichtung des Sozialismus und wird weitgehend zur Lösung der Aufgaben unserer Partei beitragen, die Mongolische Volksrepublik zu einem Industrie- und Agrarland zu machen".

(20) Sinisierungspolitik in der Inneren Mongolei (Vorwürfe der mongolischen "Unen")

In einer Abhandlung gegen die Sinisierungspolitik der Inneren Mongolei beschäftigt sich das mongolische Parteiorgan "Unen" mit der jüngeren Geschichte der Inneren Mongolei (abgedruckt in SWB, 22.8.74).

Die "Revolutionäre Partei des Volkes der Inneren Mongolei" sei 1922 errichtet worden und habe sich jahrelang in einem konterrevolutionären Kleinkrieg mit den "Kuomintang-Reaktionären" auseinandergesetzt. Als die mongolischen und sowjetischen Armeen in den Krieg gegen Japan eintraten (1945), wurde diese Partei legalisiert und führte die Nationale Befreiungsbewegung bis zur Ausrufung der "Republik der Inneren Mongolei" unter einer provisorischen Regierung und mit einer demokratischen Interimsverfassung im September 1945. Während dieser Zeit hätten bewaffnete Aufständische in Sinkiang demokratische Änderungen in ihrem Landesteil durchgeführt, die darauf ausgerichtet waren, in der Inneren Mongolei und in Sinkiang nach den Grundsätzen der nationalen Selbstbestimmung ein unabhängiges Regime zu errichten. Die "Mao Tse-tung-Clique" habe jedoch die "Republik Innere Mongolei" mit Hilfe ihrer Armee zerstört und im März 1946 die Revolutionäre Partei des Volkes der Inneren Mongolei aufgelöst. Später hätten die "Maoisten" die Innere Mongolei mit immer mehr Elementen der "Han"-Bevölkerung angereichert, die autonome Region aufgespalten und Mongolen ins Herzland Chinas umgesiedelt. Dabei habe man immer wieder hervorgehoben, daß diese Maßnahmen wegen der mongolischen und sowjetischen "Gefahr" getroffen werden müßten.

* * *

(21) Hsinhua berichtet über die Erfolge der kommunistischen Volksstreitkräfte Thailands

In Anlehnung an einen Kommentar des Partisanensenders "Stimme des thailändischen Volkes" bringt Hsinhua (NCNA, 10.8.74) längere Ausführungen über den bewaffneten Kampf des thailändischen Volkes "unter der korrekten Führung der Kommunistischen Partei Thailands". In Thailand seien bewaffnete Volkseinheiten, revolutionäre Stützpunkte und die revolutionäre politische Macht des Volkes entstanden, was es vorher nie in der Geschichte des südostasiatischen Staates gegeben habe (Zu den Einzelheiten dieser Organisation vgl. C.a. 73/3 Ü 46).

"Im vergangenen Jahr haben die Volksstreitkräfte eine feindliche Operation 'der Umzingelung und Unterwerfung'

nach der anderen zerschlagen, feindliche Kasernen, Polizeistationen und Posten angegriffen und eingenommen, den Feind aktiv und gezielt aus dem Hinterhalt überfallen, Vernichtungskämpfe geführt und einen glänzenden Sieg nach dem anderen errungen..... Die Volksstreitkräfte, einschließlich der Haupteinheiten der Streitkräfte, der regionalen Einheiten und der Miliz, sind stärker geworden. Die Guerillagebiete haben sich vergrößert, einige von ihnen entwickelten sich zu regelrechten Stützpunktgebieten. Jede Basis ist gut ausgebaut und befestigt. Die Zahl der vom Volk gewählten regionalen Volksregierungen ist stetig gestiegen. Sie entwickeln und konsolidieren sich. In jedem revolutionären Stützpunkt herrscht ein Zustand des revolutionären Aufschwungs, der den Menschen in den von den Guerillas in den vom Feind besetzten Gebieten als Beispiel dient und sie außerordentlich ermutigt. Die Kampferfahrung des vergangenen Jahres beweist erneut, daß der Sturz der gemeinsamen Herrschaft des Imperialismus, Feudalismus und bürokratischen Kapitalismus und die Bildung einer echten Volksregierung nur erreicht werden kann, wenn man sich auf die Bauern verläßt, Stützpunkte auf dem Lande errichtet, das Land dazu benutzt, die Städte einzukreisen und schließlich einzunehmen, das heißt, den Weg des bewaffneten Kampfes geht, den die Kommunistische Partei dem thailändischen Volk in den vergangenen 9 Jahren gewiesen hat, und die politische Macht mit bewaffneter Gewalt ergreift. Das ist der einzig richtige Weg zur Lösung der Frage von Staat und Volk."

Die Tatsache, daß die Hsinhua eine solche Nachrichtenpolitik wiederaufgreift, beweist, daß es mit dem chinesisch-thailändischen Verhältnis zur Zeit nicht zum besten steht. Ein kleiner Beweis für diese These ist auch die Meldung, daß Thailand wegen China nicht zu den Asiatischen Spielen in Teheran will (Näheres MD Asien, 15.8.74, S.6).

INTERNATIONALE ORGANISATIONEN

(22) Gründung einer ASPAC-Ersatzorganisation?

Der philippinische und der südkoreanische Außenminister führten am 5. August 1974 ein Gespräch, dessen Hauptthema die Notwendigkeit einer neuen asiatischen Regionalorganisation war. Diese Organisation ist als Ersatz für den asiatisch-pazifischen Rat (ASPAC) gedacht, der seit dem vergangenen Jahr tot ist, als einige der Mitgliedstaaten nach Peking eilten und die Organisation verließen (Näheres C.a. 1972/6 Ü 26).

Der Rat war 1966 als antikommunistisches Bündnis von 9 Staaten gegründet worden, darunter auch von Taiwan. Doch zerfiel das Bündnis in dem Augenblick, da China seine neue Außenpolitik gegenüber den USA begann. Die jährliche Ministerkonferenz des Bündnisses fand zum letztenmal vor zwei Jahren in Seoul statt (AFP in MD Asien, 6.8.74, S.10).